

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 4. Juni 2018 , 20.00 Uhr, in der Schulanlage Oberfeld

P r ä s e n z

| | |
|-------------------------------------|----------------------------|
| Stimmberechtigte laut Stimmregister | 1'290 |
| Anwesend | 151 (ab Traktandum 5: 152) |

Alle, exkl. Traktandum 1, 6 und 7, an der heutigen Versammlung gefassten Beschlüsse unterstehen dem **fakultativen Referendum**.

Vorsitzender: Pfyl Daniel, Gemeindeammann

Protokoll: Bünzli Werner, Gemeindeschreiber

Stimmenzähler: Zimmermann Andrea
Voss Vreni

T R A K T A N D E N

1. Protokoll
2. Kreditabrechnung Fahrzeugbeschaffung für die Gemeindewerke
3. Kreditabrechnung Sanierung Kanalisationserweiterung K 268 (Dorfplatz)
4. Kreditabrechnung Sanierung Wasser- und Abwasserleitungen Alte Bruggerstrasse
5. Genehmigung der Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2017
6. Genehmigung des Rechenschaftsberichtes 2017
7. Zusicherung der Erteilung des Gemeindebürgerrechts an Frau Enisa Malsori, 1997
8. Verpflichtungskredit für Fr. 320'000.00 inkl. MwSt. für die Sanierung der Werkleitungen "Eichlistrasse" (Kanalisation Fr. 134'000.00 und Wasser Fr. 186'000.00)
9. Genehmigung des Verkaufs eines Teils der Strassenparzelle Nr. 518 (ca. 1'300 m² der Eichlistrasse) an die Ernst Kneuss Geflügel AG
10. Beschlussfassung über die Einführung einer 30er Zone (Initiative)
11. Verschiedenes

Herr Gemeindeammann Daniel Pfyl heisst im Namen des Gemeinderates und der Mitarbeitenden der Gemeinde die Anwesenden zur Sommergemeindeversammlung, der sogenannten Rechnungsgemeinde, heute vermutlich eher "Tempo 30-Gemeinde", herzlich willkommen.

Einen speziellen Gruss richtet der Gemeindeammann an den Medien-Vertreter vom Reussbote, Herrn Benedikt Nüssli, sowie von der Aargauer Zeitung Frau Stampfli. Einmal mehr herzlichen Dank für die wohlwollende Berichterstattung und die umfassende Orientierung der Abwesenden. Die zahlreichen Informationen in den Medien über das Traktandum 10, bei wel-

chem es um Tempo 30-er Zonen geht, haben ihre Schlagzeile bzw. Wirkung nicht verfehlt. Einige Personen haben den Gemeindeammann darauf angesprochen und einige sind vermutlich heute Abend deswegen hier.

Ebenfalls einen speziellen Gruss richtet er an den Ehrenbürger, Herrn Albin Fischer.

Traditionsgemäss seien auch Gäste anwesend; es sind dies die Hauptperson des Traktandums 7, Frau Enisa Malsori. Sie wird begleitet von ihrem Bruder.

Einmal mehr begrüsse er - ebenso speziell und herzlich - alle Anwesenden, welche heute hier seien, da sie heute Abend nichts Besseres vorhätten, aus Interesse an der Gemeindepolitik und der Mitgestaltung unseres Dorfes und alle, welche bewusst die direkte Demokratie hochhalten und leben und daher mitbestimmen wollen.

Die Ratskollegin und Ratskollegen seien hoffentlich allen im positiven Sinne bestens bekannt und er müsse sie nicht näher vorstellen. Die Zuständigkeiten der Ressorts befänden sich auf der Gemeinde-Website. Unter Verschiedenem im Traktandum 11 werde den Anwesenden zudem Wichtiges aus den Ressorts direkt durch die Ressortchefs mitgeteilt.

Von den Mitarbeitenden seien heute Abend Frau Renate Alt Köchli, Leiterin Finanzen, und Herr Werner Bünzli, Gemeinbeschreiber, anwesend.

Nachdem die Rechnung 2017 bei dieser Versammlung hoffentlich abschliessend behandelt werde, möchte er den Anwesenden, stellvertretend für alle Mitarbeitenden, den Dank und die Anerkennung des Gemeinderates für die geleistete Arbeit auch im Jahr 2017 aussprechen.

Ebenso dankt der Gemeindeammann Herrn Alan Bruno und Herrn Matthias Geissmann herzlich für die Bereitstellung der Lokalität.

Schön, dass Sie es sich haben einrichten können, heute Abend hier zu sein. Wir werden die anstehenden Sachgeschäfte erläutern, gemeinsam bei Bedarf diskutieren und anschliessend entscheiden, ob sie den Anträgen des Gemeinderates folgen möchten.

Der Vorsitzende hält fest, dass die Einladung zur heutigen Gemeindeversammlung mit der Traktandenliste (gem. Gemeindegesetz Art. 23, Abs. 1) rechtzeitig zugestellt worden sei und die dazugehörigen Akten für die einzelnen Traktanden vorschriftsgemäss in der Verwaltung öffentlich zur Einsicht aufgelegt haben.

Zur Unterstützung der Protokollführung laufe im Hintergrund das Tonband. Bei Wortmeldungen sei bitte vor dem Votum kurz der Name zu nennen.

Es wird keine Änderung der Traktandenliste gewünscht.

1. Protokoll

Der Gemeindeammann verweist auf die in der Broschüre auf Seite 3 aufgeführten Beschlüsse. Es hätten 2 Reglemente und das Budget zur Diskussion gestanden. Das Budget 2018 mit dem Antrag auf einen Steuerfuss von 103% habe die Hürde genauso wie die beiden Reglemente gemeistert.

Das Wort wird nicht gewünscht.

Antrag: Das Protokoll sei zu genehmigen.

Abstimmung: Das Protokoll wird mit sehr grosser Mehrheit genehmigt.

2. Kreditabrechnung Fahrzeugbeschaffung für die Gemeindewerke

Der Vorsitzende orientiert, dass am 7. Dezember 2016, also vor knapp 1½ Jahren, dieser Kredit genehmigt worden sei. Er übergibt das Wort dem zuständigen Ressortchef Vizeamann Christian Habegger.

Christian Habegger, Vizeamann, zeigt am Beamer die neuen Fahrzeuge: Den neuen Steyr mit Frontlader und den Anhänger mit Anbaugerät. Wie aus der Einladungsbroschüre ersichtlich, seien die Nettoinvestitionen für die Gemeinde Mägenwil um Fr. 3'552.30 tiefer als die bewilligte Kreditsumme. Der Vizeamann bedankt sich bei den Mitarbeitern der Gemeindewerke unter der Leitung von Reto Friedli für deren Einsatz und die perfekte Beschaffung. Er empfiehlt der Einwohnergemeindeversammlung die Genehmigung der vorliegenden Kreditabrechnung.

Herr Andreas Fischer, Finanzkommission, teilt mit, dass die Finanzkommission die Abrechnung gemäss Auftrag geprüft habe und alles ordentlich verbucht sei und somit der Gemeindeversammlung empfohlen werde, die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Das Wort wird nicht verlangt.

Antrag: Die Kreditabrechnung Fahrzeugbeschaffung für die Gemeindewerke sei zu genehmigen.

Abstimmung: Die Kreditabrechnung Fahrzeugbeschaffung wird mit sehr grosser Mehrheit genehmigt.

3. Kreditabrechnung Sanierung Kanalisationserweiterung K 268 (Dorfplatz)

Der Vorsitzende orientiert, dass am 7. Dezember 2016, also ebenfalls vor ca. 1 ½ Jahren, auch dieser Kredit genehmigt worden sei. Er übergibt das Wort dem zuständigen Ressortchef und Vizeamann Herrn Christian Habegger.

Vizeamann Christian Habegger weist darauf hin, dass die genehmigte Kreditsumme total Fr. 260'000.00 betrage. Wie aus der Einladungsbroschüre zu entnehmen sei, habe bei der Sanierung der Kanalisationserweiterung K 268 (Dorfplatz) eine Kreditüberschreitung resultiert. Der Gemeinderat sei von der Bauleitung rechtzeitig über die Mehrkosten orientiert worden. Aufgrund des Zeitdrucks für den Anschluss der neuen Doppelturnhalle habe der Gemeinderat auf einen Nachtragskredit verzichtet und die Finanzkommission entsprechend orientiert. Er danke an dieser Stelle der Bauleitung der IBB Energie AG, Brugg, und der ausführenden Unternehmung Knecht Bau AG für die gute Arbeit und empfehle die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Herr Andreas Fischer, Finanzkommission, teilt mit, dass die Finanzkommission auch diese Abrechnung gemäss Auftrag geprüft habe. Leider sei eine Kreditüberschreitung entstanden,

die jedoch begründet sei. Alles sei ordentlich verbucht und somit werde der Gemeindeversammlung empfohlen, die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Das Wort wird nicht verlangt.

Antrag: Die Kreditabrechnung Sanierung Kanalisationserweiterung K 268 sei zu genehmigen.

Abstimmung: Die Kreditabrechnung Sanierung Kanalisationserweiterung K 268 wird mit grosser Mehrheit genehmigt.

4. Kreditabrechnung Sanierung Wasser- und Abwasserleitungen Alte Bruggerstrasse (Anteil Wasser Fr. 58'800.00 und Abwasser Fr. 136'200.00)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Gemeindeversammlung diese Verpflichtung am 2. Juni 2015 angenommen habe. Er übergibt das Wort dem zuständigen Ressortchef und Vizeammann Herrn Christian Habegger.

Herr Christian Habegger, Vizeammann, orientiert über die Aufteilung dieses Kredits im Betrage von total Fr. 195'000.00 auf die Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung. Bei beiden Werken sei eine Kreditunterschreitung festzustellen, die vor allem durch die Übernahme von Kosten externer Werke durch den idealen Zeitpunkt der Kreditvergabe zurückzuführen sei.

Die Abrechnung für die Sanierung der Wasserleitung zeige eine Unterschreitung von rund Fr. 21'000.00. Hier sei hervorzuheben, dass die angrenzenden Grundeigentümer gleichzeitig zu günstigen Konditionen ihre Anschlüsse ebenfalls haben sanieren können.

Für die Sanierung der Abwasserleitung sei ebenfalls eine Kreditunterschreitung von rund Fr. 53'000.00 entstanden. Der Strassenanteil sei auf die beiden Werke und teilweise auf die privaten Grundeigentümer verteilt worden. Die Anwohner seien immer über den Baufortschritt informiert und die Zufahrt sei soweit möglich stets gewährleistet gewesen.

Die hervorragende Arbeit der Bauleitung durch die IBB Energie AG, Brugg, sowie der Firma Knecht Bau AG sei an dieser Stelle bestens gedankt.

Herr Andreas Fischer, Finanzkommission, teilt mit, dass die Finanzkommission auch diese beiden Abrechnungen gemäss Auftrag geprüft habe. Zwei Abrechnungen darum, weil es zwei Eigenwirtschaftsbetriebe betreffe. Alles sei ordentlich verbucht und somit werde der Gemeindeversammlung empfohlen, die Kreditabrechnung Sanierung Wasser- und Abwasserleitungen Alte Bruggerstrasse zu genehmigen.

Das Wort wird nicht verlangt.

Antrag: Die Kreditabrechnung Sanierung Wasser- und Abwasserleitungen Alte Bruggerstrasse sei zu genehmigen.

Abstimmung: Die Kreditabrechnung Sanierung Wasser- und Abwasserleitungen Alte Bruggerstrasse wird mit sehr grosser Mehrheit genehmigt.

5. Genehmigung der Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2017

Gemeindeammann Daniel Pfyl orientiert, dass der Aufwandüberschuss mit Fr. 321'904.00, oder leider noch ca. Fr. 221'000.00 schlechter als budgetiert, ausgefallen sei. Nach wie vor hat der Gemeinderat das Resultat beim operativen Ergebnis im Fokus, und dieses sollte in den nächsten Jahren deutlich besser werden. Für das Jahr 2017 hatten wir mit einem Minus von Fr. 631'000.00 gerechnet und sind bei Fr. 853'000.00 gelandet. Der Aufwand konnte aufgrund zahlreicher Veränderungen um ca. Fr. 400'000.00 reduziert werden aber der Fiskalertrag mit knapp Fr. 900'000.00 weniger Zugang als budgetiert verschlechterte das Ergebnis 2017 massiv.

Daniel Pfyl, Gemeindeammann, geht nun auf die einzelnen Powerpoint Folien ein:

Auf dem Erfolgsausweis Seite 9 oben sieht man das operative Ergebnis von minus rund Fr. 852'000.00. Dies ist gegenüber Vorjahr Fr. 581'000.00 und gegenüber Budget Fr. 221'000.00 schlechter, aber da sind wir mit einem blauen Auge davon gekommen. Wir konnten den Aufwand massiv reduzieren und das schlechte Ergebnis ist auf die Mindereinnahmen zurückzuführen. Der Ertrag war mit rund 6,6 Mio. Franken veranschlagt und die Mindereinnahmen gegenüber Vorjahr betragen 1,1 Mio. Franken und gegenüber Budget Fr. 622'000.00. So wird es natürlich schwierig, die gesteckten Ziele zu erreichen. Verlässliche Zahlen bei den Einnahmen, insbesondere bei den AG-Steuern wären wünschenswert. Ausserordentlich sind die Entnahmen aus der Aufwertungsreserve, welche wir noch für drei Jahre so entnehmen können.

Nettoaufwand in den Dienstbereichen: Bei 5 von 8 Bereichen sind wir besser als budgetiert. Genauso sieht es im Vergleich zum Vorjahr aus. Einzig bei den Finanzen gab es einen Minderertrag gegenüber Budget von Fr. 614'000.00 und gegenüber Vorjahr eine Abnahme um Fr. 655'000.00. Meine Damen und Herren, solche Abweichungen lassen sich nicht einfach mit einem höheren Steuerfuss kompensieren. Derzeit ist der Gemeinderat immer noch optimistisch, dass es sich bei den AG Steuern um einen Ausrutscher handelt und sich diese wieder einpendeln werden. Wenn aber nicht, dann haben wir tatsächlich ein Strukturproblem und sitzen fest. Dass sich das Wachstum «noch» nicht erfüllte und evtl. einige bisher gute Steuerzahler in Rente sind und nicht mehr so hohe Einkommen versteuern wie bisher, könnte einer der Gründe sein. Wir werden dies weiterhin analysieren müssen.

Von 100 Franken Ausgaben entfallen über 50% auf die Bildung. Diese Zahlen haben sich in den letzten Jahren kaum verändert. Lediglich bei der sozialen Wohlfahrt ging es in 10 Jahren von Fr. 6.00 auf Fr. 13.45. Der Anteil Bildung stieg von Fr. 47.00 auf Fr. 54.25 und die Verwaltung sank von Fr. 16.00 auf Fr. 15.20. Bei der Gesundheit sind wir auch von Fr. 7.00 auf nun Fr. 4.05 gesunken. Dies hat aber auch Gründe bei der Aufgabenteilung Gemeinde/Kanton. Künftig werden die Positionen Soziale Sicherheit stagnieren und Verkehr und Gesundheit erneut leicht sinken.

Bei den drei Eigenwirtschaftsbetrieben schauen wir kurz die operativen Ergebnisse an. Die Wasserversorgung schliesst Fr. 48'000.00 besser als erwartet und die Abwasserentsorgung ebenfalls um Fr. 50'000.00 besser ab. Beim Abfall stimmt die Tendenz in Richtung Vollkostendeckung, ist aber immer noch Fr. 24'000.00 schlechter als vom Gemeinderat geplant.

Auch immer interessant sind die Steuerzahlen. Auf diesem Bild sieht man seit 2009 die Entwicklung der Steuern. Blau markiert die natürlichen Personen und gelb die juristischen Personen. Leicht rot dazwischen die Quellensteuer. Einen ähnlichen Rückgang bei den Einnahmen hatten wir zuletzt im 2010 erleben müssen.

Bei den juristischen Personen war das Jahr 2009, mit knapp 1,8 Mio. Franken Einnahmen, Rekordjahr. Ein Jahr später eine Million weniger und im 2015 Fr. 1,6 Mio., im Vorjahr 2016 noch Fr. 1,2 Mio. und in diesem Jahr 2017 nur noch Fr. 0,6 Mio. Ein massgeblicher Anteil unserer Einnahmen! Wie können sie nun als Gemeinderat dies beeinflussen? Geht das überhaupt? Meine Kollegin und meine Kollegen sind gegenüber der Wirtschaft sehr positiv und zuvorkommend eingestellt und der Kontakt zum hiesigen Gewerbe wird strikte hochgehalten.

Bei den natürlichen Personen zeigt sich in den Jahren 2009 bis 2011 mit einem Steuerfuss von 78 % ein Auf und Ab. Ab 2012 mit drei Jahren 85% waren die Einnahmen kontinuierlich steigend. 2015/2016 praktisch stagnierend und nur aufgrund der Steuererhöhungen um 5% bzw. 6% resultierte eine Zunahme. 2017 dann der «Einbruch» der Steuereinnahmen von bisher

Fr. 4,55 Mio. auf Fr. 4,21 Mio. zurück. Die zusätzlichen Steuerfusserhöhungen haben nicht dazu geführt, dass man zusätzliche Mehreinnahmen generierte.

Bei den Investitionen auf Seite 16 wurden im Besonderen beim Schulhausanbau und Neubau Doppelturnhalle nach Baufortschritt noch nicht alle Arbeiten abgerechnet. Da sind wir nach wie vor auf Kurs. Gesamthaft hat die Gemeinde im 2017 8 Mio. aus meiner Sicht «sinnvoll und nachhaltig» investiert. Dies wird je nach Zustand der Infrastruktur und den Bedürfnissen der Bevölkerung in den kommenden Jahren noch etwas andauern, jedoch auf einem massiv tieferen Niveau.

In der Bilanz führte die Aufnahme von Fr. 6 Mio. zu einer Veränderung des Fremdkapitals. Die Investitionen Schulhaus und Doppelturnhalle führen zu einer Erhöhung des Verwaltungsvermögens. Das Finanzvermögen nahm ab und auch die Entwicklung des Eigenkapitals ist um ca. Fr. 1 Mio. tiefer und hatte per 31.12.2017 einen Stand von Fr. 24'561'195.

Das Wort wird nicht verlangt.

Herr Stephan Seiler, Präsident der Finanzkommission, zeigt sich leicht enttäuscht darüber, dass sich zum Rechnungsabschluss aus der Versammlung niemand zu Wort gemeldet habe. Der Gemeindeammann habe erklärt, dass man mit einem blauen Auge davon gekommen sei, was er als etwas übertrieben werte. Die Finanzkommission habe das Resultat als äusserst bedenklich taxiert, was im Prüfungsbericht zum Ausdruck gekommen sei. Die Finanzkommission habe an der letzten Gemeindeversammlung im Dezember 2017 bereits eine Steuerfusserhöhung beantragt, was leider nicht mehrheitsfähig gewesen sei. Er sei sicher, dass dieses Thema wieder aufs Tapet kommen werde. Die Finanzkommission habe dem Gemeinderat beantragt, mit dem Budget 2019 Massnahmen aufzuzeigen, weil mit solchen Rechnungsergebnissen die Finanzen total aus dem Ruder laufen. Mit den getätigten Investitionen, er habe das an der letzten Gemeindeversammlung bereits erwähnt, seien nur noch ganz wenige Polster vorhanden, um solche Rechnungsergebnisse abzuwenden.

Die Finanzkommission habe im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Buchführung und die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 2017 geprüft. Für den Inhalt und das Ergebnis der Jahresrechnung sei der Gemeinderat verantwortlich. Die Aufgabe der Finanzkommission bestehe darin, die Jahresrechnung zu prüfen und zu beurteilen.

Die Finanzkommission habe die Detailkonti und Zusammenzüge sowie die übrigen Angaben der Jahresrechnung auf der Basis von Stichproben geprüft. Die Bestandesrechnungen der Einwohnergemeinde, die Steuerausstände und die detaillierte Prüfung der folgenden Abteilungen wurden vorgenommen:

- Abteilung 0 Allgemeine Verwaltung
- Abteilung 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung
- Abteilung 3 Kultur, Sport und Freizeit
- Abteilung 5 Soziale Sicherheit
- Abteilung 9 Finanzen, Steuern

Ferner beurteilt die Finanzkommission die Anwendung der massgebenden Haushaltgrundsätze und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Das Prüfungsurteil berücksichtigt zudem die Ergebnisse der externen Bilanzrevision (gemäss § 16 FiV), welche durch die BDO AG, Entfelderstrasse 1, Aarau durchgeführt wurde.

Aufgrund der Prüfung bestätigt die Finanzkommission, dass

1. die Buchhaltung sauber und übersichtlich geführt ist;
2. die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung und die Bilanz mit der Buchhaltung übereinstimmen;
3. die Buchführung, die Darstellung der Vermögenslage und die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen

Herr Hans Spinner erkundigt sich, ob die Konsequenz die sei, dass der Steuerfuss nochmals erhöht werden müsse.

Herr Stephan Seiler, Präsident der Finanzkommission, weist darauf hin, dass sich die Finanzkommission anlässlich der letzten Gemeindeversammlung bereits zu diesem Thema geäussert habe und sich auch weiterhin dafür einsetzen werde. Man müsse sich auf eine weitere Steuerfusserhöhung einstellen.

Herr Hans Spinner weist darauf hin, dass, wenn der Steuerfuss weiter erhöht werde, die Aktiensteuern im Gegenzug zurückgehen werden. Die Konsequenz daraus sei, dass Firmen ihren Firmensitz an einen steuergünstigeren Ort verlegen würden. Dies müsse beachtet werden.

Herr Stephan Seiler sieht den Attraktivitätsverlust der Gemeinde bei höherem Steuerfuss, weist aber darauf hin, dass der Haushalt jedoch auch stimmen müsse.

Herr Martin Zimmermann möchte wissen, inwiefern der Rückgang der Aktiensteuern analysiert worden sei. Sind es viele Firmen, die weniger bezahlt haben oder sind es wenige Firmen die viel weniger bezahlt haben?

Herr Stephan Seiler weist darauf hin, dass die Aktiensteuern seit je her eine "Black-Box" seien. Die Veranlagung werde in Aarau vorgenommen. Es seien kaum Grundlagen erhältlich. Eine Budgetierung unter diesen Umständen sei sehr schwierig. Es könne niemandem ein Vorwurf gemacht werden. Die Grafik des Gemeindeammanns habe es gezeigt, dass grössere Schwankungen über Jahre hinweg vorgekommen seien. Früher seien diese zu Gunsten der Gemeinde erfolgt, nun das zweite Mal als Einnahmen-Einbruch.

Herr Franz Hadolt möchte wissen, warum sich dieser Einbruch nicht beim Eigenkapital reflektiere. Das Eigenkapital sei ja noch leicht gestiegen. Es zeige sich, dass die Höhe des Eigenkapitals eine weitere Steuererhöhung als nicht notwendig erscheinen lasse.

Herr Stephan Seiler weist darauf hin, dass mit der Aufwertungsreserve aufgrund HRM 2 das Eigenkapital erhöht worden sei. Das heisse, faktisch sei nicht mehr Geld vorhanden. Man müsse auch beachten, wie sich die Schulden entwickeln werden (Investitionen).
Noch einen Hinweis zu den Aktiensteuern. Der Gemeindesteuerfuss spiele bei den Aktiensteuern keine Rolle, da dort der Kantonssteuerfuss angewendet werde.

Eine Frau erkundigt sich, ob, nachdem die Ausgaben für die Schulhauserweiterung und den Neubau der Doppelturnhalle einmalig gewesen seien, auch in den kommenden Jahren Ausgaben in ähnlicher Höhe zu erwarten seien? Falls nicht, könnten die künftigen Einnahmenschüsse ja zur Tilgung der Schulden verwendet werden und so eine Steuerfusserhöhung umgangen werden.

Herr Stephan Seiler weist darauf hin, dass wir über Jahre sehr tiefe Investitionen hatten, und nun Investitionen notwendig geworden seien und noch werden. Mit Sparen müsse nun der Prozess kommen, in dem die Schulden abgebaut werden können. Man könne später auch wieder mit dem Steuerfuss herunter, wenn es die Finanzlage erlaube. Aber in der heutigen Situation sei eine deutliche Korrektur notwendig, damit der Haushalt nicht in Schieflage gerate.

Herr Dalibor Brestovac weist darauf hin, dass der Gemeindeammann darauf hingewiesen habe, dass das Gebiet Wolfboden für ca. 1'000 Personen überbaut werden könnte. Was hat sich der Gemeinderat vorgestellt?

Herr Daniel Pfyl, Gemeindeammann, erklärt, dass das Projekt, welches in der Planung etwas weiter fortgeschritten sei, als die Überbauung im "Wolfboden", von der Wohnbaugenossenschaft Frohes Wohnen initialisiert sei. Derzeit werde im Gebiet "Sandfoore" ein Gestaltungsplan erarbeitet. Geplant seien ca. 120 neue Wohnungen.

Herr Dalibor Brestovac fragt, ob die zu erwartenden Kinder in der Schulanlage Platz haben werden, oder müssen dafür noch weitere Schulbauten (Turnhalle, Aula, Mittagstisch etc.) erstellt werden?

Der Gemeindeammann weist darauf hin, dass, so wie wir mit der Infrastruktur heute aufgestellt sind, der Gemeinderat und auch die Gemeindeversammlung, welche die entsprechenden Kredite für 18,6 Mio. Franken bewilligt habe, davon ausgehen, dass in den nächsten 15 - 20 Jahren kein Bedarf mehr für die Erweiterung der Infrastruktur für die Schule bestehe. Wo künftig eventuell noch Bedarf entstehe, sei bei der Gemeindeverwaltung. Mit der heutigen Einwohnerzahl von rund 2'200 bis künftig gegen 3'000 werde die heutige Infrastruktur in der Schule ausreichen. Der seinerzeit beschlossene Kredit von 18,6 Mio. Franken sei damals nur möglich gewesen, weil sich die Abschreibungsmodalitäten geändert hatten. Früher habe eine Gemeinde innert 10 Jahren linear 10 % abschreiben müssen. Bei einer Investition von 18,6 Mio. Franken seien dies 1, 86 Mio. Franken. Mit dem neuen Rechnungsmodell HRM2 könne man nun auf die Lebenszeiten der Bauten abschreiben. Die Doppeltturnhalle und die Schulhauserweiterung könne nun auf 50 Jahre abgeschrieben werden. Das günstige Geld, welches aufgenommen werden konnte (wir bezahlen 0,2 % für 10 Mio. Franken) und der Platzbedarf hätten dazu geführt, dass die Gemeindeversammlung den Zeitpunkt für die Realisierung der neuen Anlagen als richtig taxiert und den Kredit genehmigt habe. Bei der Budgetierung für das Rechnungsjahr 2017 seien die Bedenken und Forderungen der Finanzkommission, die sie anlässlich der Budgetdebatte für das Jahr 2018 vorgebracht hätten, noch kein Thema gewesen. Gemeinsam sei man davon ausgegangen, dass wir die prognostizierten Einnahmen haben werden. Keine Gemeinde erreiche, bei Gesamteinnahmen von etwas über 4 Mio. Franken bei Fehlen von einer Million Einnahmen im Resultat eine schwarze Null. Dies zu erreichen sei unmöglich. Nachdem er seit er im Gemeinderat sei, schon einige Schwankungen der Aktiensteuern miterlebt habe, gehe er davon aus, dass sich die Einnahmen aus den Aktiensteuern bereits im laufenden und im kommenden Jahr wieder erholen würden. Wenn ein Strukturproblem zu erkennen sei, müsse dies dann angegangen werden. Im Moment habe der Gemeinderat keine Veranlassung die Zielsetzung des Finanzplanes zu verändern. Gegenüber dem Kanton müsse die Gemeinde innerhalb von 7 Jahren ausgeglichene Zahlen liefern können. Bei der jeweiligen Überarbeitung der Finanzpläne sei dies bisher immer erreicht worden. Die etwas früher erwartete Überbauung der Wohnbaugenossenschaft Frohes Wohnen habe sich leider verzögert. Für die geplante Überbauung sei

der Gemeinderat bereits seit einigen Jahren in Kontakt mit den Grundeigentümern. Der Gemeinderat wäre auch froh, wenn dies zügiger möglich wäre, aber die Erarbeitung der Planungsgrundlagen etc. bedürfe in Gottes Namen einfach noch etwas Zeit. Der Stand der nun vorhandenen Infrastrukturbauten für die Schule sei für die Zukunft ausgelegt. Die Benutzer der neuen Doppelturnhalle und der neuen Schulräume hätten grosse Freude an den neuen Räumen und seien begeistert. Nun sei es am Gemeinderat und den Gemeindeversammlungsteilnehmern zusammen dafür zu sorgen, dass die finanzielle Situation gemeistert werden könne. Er persönlich sehe die Situation aber noch nicht ganz so "rot" wie die Finanzkommission. Es sei jedoch legitim, dass die Finanzkommission eine andere Meinung vertrete.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Die Finanzkommission beantragt der Versammlung, die Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2017 zu genehmigen. Herr Stephan Seiler, Präsident der Finanzkommission, führt die Abstimmung durch.

Antrag: Der Gemeinderat beantragt der Einwohnergemeindeversammlung, die Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2017 sei zu genehmigen.

Abstimmung: Die Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2017 wird mit sehr grosser Mehrheit genehmigt.

6. Genehmigung des Rechenschaftsberichtes 2017

Herr Daniel Pfyl, Gemeindeammann, orientiert, dass bei diesem Traktandum für Liebhaber und Nostalgiker auf der Kanzlei die entsprechenden Broschüren bestellbar seien. Auch im Internet könne man diese herunterladen. Sie geben wieder, was im vergangenen Jahr so alles gelaufen sei. Hier im Detail darauf einzugehen, mache nicht viel Sinn. Selbstverständlich könnten Fragen dazu gestellt werden.

Das Wort wird nicht gewünscht.

Antrag: Der Gemeinderat beantragt der Einwohnergemeindeversammlung, der Rechenschaftsbericht 2017 sei zu genehmigen.

Abstimmung: Der Rechenschaftsbericht 2017 wird mit sehr grosser Mehrheit genehmigt.

7. Zusicherung der Erteilung des Gemeindebürgerrechts an Frau Enisa Malsori, 1997

Herr Daniel Pfyl, Gemeindeammann, erklärt, dass das Gesuch schon seit einiger Zeit bei uns auf der Verwaltung war und dies mit dem heutigen Traktandum nun endlich erledigt werden könne. Damals am 6. Juli 2015 sei die Idee gewesen, dass sich alle Familienangehörigen einbürgern lassen wollten. Im Verfahren zeigte es sich jedoch, dass gewisse, auch sprachliche

Voraussetzungen fehlten und so habe sich Frau Malsori entschieden, ihr Gesuch eigens weiterzuverfolgen. Die Gemeinderatsvertretung habe ein interessantes Gespräch in Bezug auf die Überprüfung der sozialen und sprachlichen Integration gehabt. Frau Malsori habe dies bravourös gemeistert. Frau Malsori wohne noch bei ihren Eltern an der Alten Bruggerstrasse 20 und arbeite seit dem Abschluss ihrer Lehre 2017 weiterhin als Dentalassistentin in der Zahnarztpraxis in Brugg.

Frau Malsori sei Bürgerin der Republik Kosovo. Alle Anforderungen seien erfüllt und Frau Malsori verfüge ebenfalls über einen guten Leumund in Mägenwil.

Das Wort wird nicht gewünscht.

Frau Malsori begibt sich mit ihrem Bruder in den gesetzlich vorgeschriebenen Ausstand.

Frau Martine Bascio hat von Herrn Pfyl gehört, dass vor allem sprachliche Gründe zum Rückzug der Gesuche der Eltern und des Bruders geführt hätten. Der Bruder sei jedoch auch hier aufgewachsen und in die Schule gegangen.

Der Gemeindeammann erwähnt, dass es bei den Eltern die Sprache sei, welche eine Zusicherung zur Einbürgerung verhindere. Der Bruder habe das Gesuch von sich aus zurückgezogen, weshalb die Gründe kein Thema mehr seien. Die Eltern und der Bruder hätten ihre Gesuche zurückgezogen und Frau Enisa Malsori habe ihr Gesuch weiterbehandelt haben wollen, weil sie sich hier zuhause fühle.

Abstimmungen werden offen vorgenommen, wenn nicht ein Viertel der Anwesenden geheime Abstimmung verlangt. Es entscheidet die Mehrheit der Stimmenden. Bisher oder besser seit der Gemeindeammann im Rat sei, hätten wir noch nie eine geheime Abstimmung durchführen müssen. Auch aus zeitlichen Gründen sei generell zu begrüssen, wenn aufgrund der Erkenntnisse aus der Diskussion jeder seinen Entscheid mit Handerheben bekunde.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Antrag: Der Gemeinderat beantragt die Zusicherung für die Aufnahme ins Gemeindebürgerrecht an Frau Enisa Malsori, 1997, sei zu erteilen.

Abstimmung: Die Zusicherung für die Aufnahme von Frau Enisa Malsori, 1997, ins Gemeindebürgerrecht wird mit sehr grosser Mehrheit ohne Gegenstimme erteilt.

Der wieder in das Versammlungslokal eintretenden Frau Enisa Malsori wird mitgeteilt, dass die Versammlung ihrem Gesuch um Zusicherung für die Aufnahme ins Gemeindebürgerrecht mit grosser Mehrheit ohne Gegenstimme zugestimmt hat.

Applaus

Frau Malsori bedankt sich für den positiven Entscheid bestens.

8. Verpflichtungskredit für Fr. 320'000.00 inkl. MwSt. für die Sanierung der Werkleitungen "Eichlistrasse (Abwasser Fr. 134'000.00 und Wasser Fr. 186'000.00)

Der Vorsitzende orientiert, dass im Eichligebiet die Post abgehe. Das erste von zwei Traktanden in diesem Gebiet wird durch den zuständigen Ressortchef und Vizeammann Herr Christian Habegger erläutert.

Herr Christian Habegger, Vizeammann, weist darauf hin, dass gemäss Zustandsplan bei der Eichlistrasse eine Sanierung zu rechtfertigen sei. In der jüngeren Vergangenheit seien verschieden Wasserleitungsbrüche in dieser doch sehr alten Wasserleitung zu beklagen gewesen. Die IBB Energie AG, Brugg, sei beauftragt worden, ein entsprechendes Sanierungsprojekt auszuarbeiten. Dies sehe vor, dass die Wasserleitung ersetzt werde. Da sich die Hauptabwasserleitung statisch noch in einem guten Zustand befinde, sei für deren Werterhalt eine Sanierung mittels Schlauch-Inliner vorgesehen. Bei den vorgesehenen Sanierungsarbeiten könnten auch weitere Synergien mit Arbeiten des AEW's (Strom) und der IBB (Gas) genutzt werden. Gemäss Kostenschätzung der IBB Energie AG sei mit Kosten von rund Fr. 320'000.00 zu rechnen. Es sei ein enger Zeitplan vorgesehen. Der koordinierte Werkleitungsbau sei für den August/September 2018 und die Fertigstellung im Oktober 2018 vorgesehen.

Das Wort wird nicht gewünscht.

Antrag: Dem Verpflichtungskredit von brutto Fr. 320'000.00 inkl. MwSt. (Preisbasis 2017, indexgebunden) für die Sanierung der Werkleitungen "Eichlistrasse" (Abwasser Fr. 134'000.00 und Wasser Fr. 186'000.00) sei zuzustimmen.

Abstimmung: Dem Kreditbegehren für brutto Fr. 320'000.00 für die Sanierung der Werkleitungen "Eichlistrasse" wird mit sehr grosser Mehrheit zugestimmt.

9. Genehmigung des Verkaufs eines Teils der Strassenparzelle Nr. 518 (ca. 1'300 m² der Eichlistrasse) an die Ernst Kneuss Geflügel AG, Mägenwil, und Erteilung der Ermächtigung zum entsprechenden Vertragsabschluss

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, erläutert, dass im Norden der Gemeinde Mägenwil im Jahre 1992 der kommunale Überbauungsplan Industriestrasse Nord in Kraft gesetzt worden sei. Dieser Plan hat primär die Lage und die Ausdehnung der Industriestrasse Nord definiert. In den letzten Jahren sind dann aber neue Anforderungen der ansässigen Gewerbebetriebe, an die Bebaubarkeit der Parzellen in diesem Gebiet entstanden. Insbesondere die Firma Kneuss hat neue Bedürfnisse angemeldet. Der unmittelbare Anlass dazu ist, dass die Erbgemeinschaft Rohr beabsichtigt, auf der Parzelle 147 Kies abzubauen.

Auf Grund dieser Ausgangslage hat die Firma Kneuss dann im Jahre 2015, im Einvernehmen mit dem Gemeinderat, einem Ingenieurbüro den Auftrag erteilt, einen neuen Erschliessungsplan zu erstellen, den Erschliessungsplan "Bodenacher". Dieser Erschliessungsplan ist in der Zwischenzeit, d.h. anfangs 2018 in Rechtskraft erwachsen.

Der zentrale Punkt im Erschliessungsplan "Bodenacher" ist, dass man die Wegparzelle 150 entlang dem Denner-Areal zu einer Strasse erweitern möchte und dass das Eichliquartier neu über diese neue Strasse erschlossen wird. Mit der Kiesabbaufirma und den betroffenen

Grundeigentümern wurde vereinbart, dass diese die Baukosten gemäss einem Kostenteiler tragen.

Mit der Aufhebung eines Teils der Eichlistrasse benötigt die Gemeinde das entsprechende Land nicht mehr. Die Firma Kneuss hat dann signalisiert, dass sie diese Fläche gerne kaufen würde. Nach intensiven Verhandlungen konnten verschiedene Erschliessungsverträge abgeschlossen werden.

Der Erschliessungsvertrag mit der Firma Kneuss sieht vor, dass die Gemeinde eine Fläche der alten Eichlistrasse zum Preis von Fr. 570.00 pro m² an die Firma Kneuss verkauft. Die Fläche beträgt rund 1'300 m². Somit ergibt sich dafür ein Kaufpreis von Fr. 741'000.00. Diesem Verkauf muss die Gemeindeversammlung zustimmen, da der Gemeinderat nur ermächtigt ist, Land bis zu einem Betrag von Fr. 100'000.00 zu verkaufen.

Im Traktandenbericht findet man den Hinweis, dass auch mit der Erbgemeinschaft von Theodor Rohr-Hodel ein Landabtausch stattfindet. Da diese Summe aber weniger als Fr. 100'000.00 beträgt, ist dafür kein Beschluss der Gemeindeversammlung nötig.

Fazit:

Die Gemeinde braucht die entsprechende Fläche der alten Eichlistrasse nicht mehr. Der Verkauf der alten Eichlistrasse bringt einen namhaften Erlös für die Gemeindekasse. Die Firma Kneuss kann ihr Areal arrondieren und die Voraussetzungen für den Betrieb verbessern. Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat der Ansicht, dass es zweckmässig ist, das Areal zu verkaufen.

Herr Hans Eichelberger findet, dass alle an der Eichlistrasse Wohnenden mit der neuen Strassenführung bestraft seien. Er fragt, ob das Land der alten Eichlistrasse verkauft werde, weil die Firma Ernst Kneuss Geflügel AG scharf auf dieses Land sei und weil die Gemeinde damit ein gutes Geschäft machen könne und damit die Eichlibewohner zu einem Umweg zwingen.

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, erklärt, dass die Grundlage für den beantragten Landverkauf der rechtskräftige Erschliessungsplan "Bodenacher" sei. Für diese Plangrundlage sei ein Mitwirkungsverfahren sowie ein öffentliches Auflageverfahren durchgeführt worden. Die betroffenen Grundeigentümer seien von allem Anfang an miteinbezogen und orientiert worden. Verschiedene Grundeigentümer hätten sich im Verlaufe dieser Planungsarbeiten gemeldet. Der Erschliessungsplan sei danach im Einvernehmen mit den Grundeigentümern entstanden. Die neue Situation stelle eine Verbesserung dar und führe nur zu minimalen Einschränkungen.

Frau Christine Müller erkundigt sich nach der Bedeutung der Linie mit Ringen. Ob es sich vielleicht um einen Fussweg handle? Die heutige Eichlistrasse habe ein Trottoir. Sie fragt, ob die heutige Fusswegverbindung erhalten bleibe.

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, weist darauf hin, dass dies ein wichtiger Punkt sei, der bei der Erschliessungsplanung zu beachten gewesen sei. Bei der späteren Überbauung auf der Parzelle Nr. 147, auf der heute Kies abgebaut werde, sei eine Fussgängerverbindung zu erstellen, die heute in der Lage noch nicht definiert sei. Mit der Signatur mit der Punkte-Linie werde diese Auflage planungstechnisch sichergestellt.

Herr Georg Roth möchte wissen, wer die neue Strasse bezahlt.

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, antwortet, dass die neue Strasse von den angrenzenden Grundeigentümern sowie der Kiesabbaugesellschaft finanziert werde.

Frau Pia Bechtold wundert sich, dass auf dem dargestellten Plan das neue Parkhaus der Firma Ernst Kneuss Geflügel AG nicht eingezeichnet ist. Sie fragt an, ob die Autos aus dem Parkhaus auf die Eichlistrasse oder auf die Industriestrasse hinausfahren werden.

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, erklärt, dass die Ausfahrt aus dem Parkhaus auf die Industriestrasse erfolge.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Antrag: Der Einwohnergemeindeversammlung wird beantragt, dem Verkauf der rund 1'300 m² Fläche der Strassenparzellen Nrn. 518 und 150 (genaue Fläche gemäss der dazumaligen Grundbuchplan-Mutationstabelle) zum Verkaufspreis von Fr. 570.00/m² an die Firma Ernst Kneuss Geflügel AG, Mägenwil, unter gleichzeitiger Aufhebung der Fläche als öffentliche Strasse, zu genehmigen und den Gemeinderat zum Abschluss des entsprechenden Verkaufsvertrages zu ermächtigen.

Abstimmung: Dem Antrag für den Verkauf der rund 1'300 m² Fläche der Strassenparzellen Nrn. 518 und 150 zum Verkaufspreis von Fr. 570.00/m² an die Firma Ernst Kneuss Geflügel AG, Mägenwil, unter gleichzeitiger Aufhebung der Fläche als öffentliche Strasse, und der Ermächtigung an den Gemeinderat zum Abschluss des entsprechenden Verkaufsvertrages, wird mit sehr grosser Mehrheit zugestimmt.

10. Beschlussfassung über die Einführung einer 30er Zone (Initiative vom 24. Januar 2018)

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, erklärt, dass am 24. Januar 2018 150 Unterzeichner die Initiative auf Einführung der 30er Zone eingereicht haben. Das Begehren lautet folgendermassen:

"Einführung einer 30er Zone im Quartier südlich Hauptstrasse von der Friedhofstrasse mit Lettenstrasse bis Einmündung Hopfenweg bis und mit Eckwilerstrasse".

Die Initiative wird folgendermassen begründet:

- Auf den Strassen im Quartier südlich der Hauptstrasse würden viele Kinder zum Kindergarten und zur Schule gehen.
- Viele Autofahrer fahren zu schnell auf diesen Strassen.
- Ein Teil der Strassen in diesem Quartier sei schmal.
- Ein Teil der Kreuzungen und Einmündungen sei wenig übersichtlich.
- Mit der Einführung einer 30er Zone würde die Situation entschärft und es gebe mehr Sicherheit für die Kinder und die Erwachsenen.

Der Gemeinderat hat eine Lagebeurteilung vorgenommen. Er ist dabei zu folgenden Schlüssen gekommen:

- Auf den Quartierstrassen in Mägenwil herrscht nur ein geringer Verkehr.
- Die meisten Quartierstrassen sind eng und erlauben keine hohen Geschwindigkeiten.
- Viele verkehrsberuhigende Massnahmen sind schon umgesetzt, z.B. Rechtsvortritt.
- Ein Teil der Strassen verfügt über Trottoirs.

Auf Grund dieser Beurteilung ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Einführung einer 30er Zone nicht nötig und vor allem nicht vordringlich ist. Der Gemeinderat gibt darum die Empfehlung ab, die Initiative abzulehnen.

Gleichzeitig ist er aber der Meinung, dass er es aber nicht einfach bei dieser Ablehnung bewenden lassen, sondern dass er den Stimmbürgern auch aufzeigen möchte, wie man vorgehen würde, wenn die Initiative angenommen würde und was die Kosten dafür wären. Der Gemeinderat ist darum mit unserem Verkehrsplaner zusammengekommen. Auf Grund dieser Sitzung ist dann der Traktandenbericht entstanden.

Wenn die Initiative angenommen würde, würde der Gemeinderat ein Konzept ausarbeiten. Das Konzept würde unter anderem Geschwindigkeitsmessungen und ein verkehrstechnisches Gutachten beinhalten. Diese Massnahmen sind zwingend vorgeschrieben im Strassenverkehrsgesetz. Wir würden also nicht darum herum kommen. In diesem Konzept würde aber auch die Zoneneinteilung geprüft, d.h. ob die 30er Zone nur im vorgeschlagenen Gebiet, im ganzen Gebiet auf der Südseite der Hauptstrasse oder auch nördlich der Hauptstrasse realisiert werden soll. Bei der Zoneneinteilung ist vor allem wichtig, dass die Eingänge in die Zone optimal sind, damit eine möglichst einfache Signalisation erreicht werden kann.

Die Kosten für das Konzept würden rund Fr. 10'000 betragen. Falls die Initiative angenommen würde, würde der Gemeinderat den Betrag ins nächste Budget aufnehmen.

In der Einladungsbroschüre ist die mögliche Zoneneinteilung dargestellt. Wir sehen da drei Zonen:

- Zone Süd ganzes Gebiet südlich der Hauptstrasse
- Zone Matte Gebiet östlich der Industriestrasse
- Zone Baumgarten vom Gewerbepark bis Industriestrasse

Wenn die Anwesenden der Initiative zustimmen und das Konzept dann vorliegt, würde der Gemeinderat einen Antrag an einer der nächsten Gemeindeversammlungen stellen. Der Antrag würde dann lauten:

Einführung einer 30er Zone. In diesem Antrag würde dann auch die Frage thematisiert, in welchen Gebieten die 30er Zone eingeführt werden soll.

Die Stimmberechtigten haben dann also nochmals Gelegenheit, zur Frage der 30er Zone Stellung zu nehmen. Wenn die Gemeindeversammlung dann diesem Antrag zustimmt, erfolgt die Umsetzung. Bei der Umsetzung müssen auch wieder bestimmte Schritte eingehalten werden. Das sind folgende:

- Prüfung durch das Baudepartement
- Öffentliche Auflage. Da haben Sie dann die Möglichkeit, Einsprache zu erheben
- Signalisation
- Allenfalls bauliche Massnahmen

Für die Einführung einer 30er Zone ist mit folgenden Kosten zu rechnen:

Phase 1: Ausarbeitung des Konzeptes Fr. 10'000.00

Phase 2: Umsetzung

- Zone Süd Fr. 28'000.00

- Zone Matte Fr. 11'000.00

- Zone Baumgarten Fr. 14'000.00

Total Phase 2 Fr. 53'000.00

Totalkosten Fr. 63'000.00

Herr Hans Spinner orientiert, dass er einer der Unterzeichner des Flugblattes gegen die Einführung einer 30er Zone sei. Bereits vor 15 Jahren hätte die gleiche Debatte an einer Gemeindeversammlung stattgefunden. Damals sei die 30er Zone nicht angenommen worden. Die Argumente damals seien gewesen, dass ohne 30er Zone viele Unfälle und verletzte Kinder zu erwarten seien. Es sei ihm, nun 15 Jahre später, nicht ein Unfall bekannt, der einen Zusammenhang habe mit einer Zone 30. Es spiele keine Rolle, ob Tafeln vorhanden seien oder nicht. Die Fahrzeuglenker müssten nur anständig fahren. Es brauche nicht mehr. 90 % der Fahrzeuglenker seien rücksichtsvoll und anständig. Die übrigen 10 % habe man jedoch auch mit einer 30er Zone ohne grosse Polizeipräsenz nicht im Griff. Es seien an der Lettenstrasse schon einmal Messungen durchgeführt worden. Diese hätten gezeigt, dass die meisten Fahrzeuge mit einer Geschwindigkeit zwischen 20 und 35 km/h unterwegs seien. - Und nun noch etwas in eigener Sache das ihn nachdenklich mache. Er habe heute in seiner Post einen anonymen Brief erhalten. Darin werde er schulmeisterlich behandelt. Der Absender dieses Briefes solle sich doch jetzt melden. - Offenbar versteckt sich diese Person. Eine solche Aktion sei unter der Gürtellinie und habe mit unserer direkten Demokratie nichts zu tun. Es gehe hier um ein Sachgeschäft und nicht um Personen. Es sei wie im Fussball, dort spiele man auf den Ball und nicht auf den Mann. Und falls doch, werde die rote Karte gezeigt.

Herr Hans Eichelberger ist einer der Mitinitianten, der bereits vor 15 Jahren auch schon dabei gewesen sei. Wie bereits erwähnt, sei damals die Einführung von Tempo 30, nicht zuletzt auch aus Kostengründen, abgelehnt worden. Gemäss kürzlicher Medienberichte zu einem Fall in Spreitenbach habe das Bundesgericht festgestellt, dass es für die Umsetzung einer 30er Zone zwingend bauliche Massnahmen brauche, nicht nur eventuell, wie Gemeinderat Leuthard erwähnt habe. Man könne sich also vorstellen, dass die in der Einladungsbrochure erwähnten Fr. 63'000.00 nicht ausreichen würden. In dem von ihnen lancierten Flugblatt seien die Begründungen, welche gegen eine 30er Zone anzubringen seien, erwähnt. Im anonymen Schreiben sei schulmeisterlich mit rotem Stift korrigiert worden und u. a. erwähnt, billige Argumente, schlechter Schreibstil, am Schluss Note 2-3. Pfi Teufel müsse er dazu nur sagen. Offenbar könne der Absender nicht dazu stehen, sonst hätte er seinen Namen darunter gesetzt. Die betroffene Person sollte sich in Grund und Boden schämen. Die Initianten seien nach wie vor der Meinung, es sei nicht nötig, dass in Mägenwil eine 30er Zone installiert werde. Es seien keine Strassen vorhanden, die dem Verkehr als Abkürzung dienen würden. Wenn bauliche Massnahmen umgesetzt werden müssen, seien dies vermutlich Inseln mit Bäumen oder ähnliches. In diesem Zusammenhang habe er erlebt, dass es in einer grösseren Ortschaft einen tödlichen Unfall mit einem Lastwagen gegeben habe. Dadurch habe es einen grossen Verkehrsstau gegeben. Nach ca. einer halben Stunde sei der Verkehr, in dem er auch steckte, über ein Quartier mit Zone 30 umgeleitet worden. Abwechselnd links und rechts seien Inseln mit Bäumen erstellt gewesen. Und was passierte? Im Gegenverkehr hätten sich die Fahrzeuge selber blockiert, so dass auch dort ein riesen Chaos entstanden sei. So etwas könnte auch in Mägenwil passieren, dass die Hauptstrasse durch ei-

nen Brand oder Unfall blockiert werde und der Verkehr über dann entsprechend verbaute Quartierstrassen umgeleitet werden müsste. So etwas bräuchten wir nicht. Schon aufgrund der angespannten Finanzlage der Gemeinde sei die Einführung einer 30er Zone nicht zu unterstützen. Die Gemeinde habe wichtigere Aufgaben zu erfüllen als der unnötigen Moderscheinung Zone 30 zu folgen.

Applaus

Zum Schluss wünschte Herr Hans Eichelberger sich, dass diejenigen, welche sich für eine 30er Zone so einsetzten auch gleichzeitig den täglichen Schüler-Taxi-Dienst eindämmen würden. Vermutlich sei ein Teil davon am Morgen jeweils unter Zeitdruck und "müsse" die Kinder noch schnell zur Schule fahren, was dazu führe, dass diese u. U. selber diejenigen seien, die zu schnell durch die Quartiere fahren.

Applaus

Herr Dalibor Brestovac erklärt, dass er seit 13 Jahren Fahrlehrer sei und jährlich ca. 100'000 km zurücklege. Aus seiner Erfahrung könne er sagen, dass der Rechtsvortritt nicht funktioniere. Die Wahrnehmung sei nicht mehr vorhanden. Der Fahrschüler von heute habe sich verändert. Es sei einfacher, mit einem 30jährigen Fahrschüler unterwegs zu sein als mit einem 18jährigen. Die entsprechenden Regeln würden auch von den älteren Fahrzeuglenkern kaum beachtet. Herr Brestovac fragt die Vorredner, ob sie Kinder hätten und ob sie pensioniert seien. Als diese die Frage bejahen fügt Herr Brestovac an, dann hätten sie beim Fahren ja keinen Stress. Ein Pizzakurier müsse mega schnell sein, dass es sich lohne, eine Pizza für Fr. 10.00 oder Fr. 20.00 auszuliefern. Wenn er auf einer Strasse, auf der Tempo 50 erlaubt sei, dann fahre er schnell mal 60 km/h, weil er ja die Pizza ausliefern müsse. Sei er aber in einer 30er Zone unterwegs, überlege sich der Pizzakurier gut, ob er mit Tempo 60 durch das Quartier fahren wolle.

Herr Urs Büchler orientiert, dass er bereits 21 Jahre in Mägenwil wohnhaft sei. Er sei zwar anderer Meinung als Hans Spinner und Hans Eichelberger, aber er sei nicht der anonyme Schulmeister. Er sei vom Gemeinderat enttäuscht. Zwei Mitglieder des Gemeinderates seien ehemalige Feuerwehrkollegen, die eigentlich die Sicherheit in den Vordergrund stellen sollten. Daniel Pfyl sei Ressortvorsteher des Feuerwehrwesens gewesen. Der Gemeinderat lehne die Initiative jedoch ab, was für ihn unverständlich sei. Zudem müsse er dem Gemeinderat betreffend Äusserung über den geringen Verkehr widersprechen. Er wohne an einer sehr stark befahrenen Strassenkreuzung. Es seien nicht nur die Anwohner, die über diese Kreuzung fahren würden. Es seien die Päcklipost, der Pizzakurier, Handwerker und Monteure die vor dem Mittag mit grösserer Geschwindigkeit über die Kreuzung fahren, weil sie Hunger hätten. Genau zu dieser Zeit habe aber auch die Schule aus und die Schulkinder seien unterwegs. Er bitte, sich dies einmal zu überlegen. Heute Abend sei über einen Kredit von rund Fr. 930'000.00 abgestimmt worden und auch über Einnahmen von Fr. 741'00.00. Die Kosten für die Einführung und Umsetzung der 30er Zone würden sich auf rund Fr. 70'000.00 belaufen. Auch wenn diese infolge der baulichen Massnahmen doppelt so hoch würden, wären diese sicher noch tragbar. Auch dies sollte überlegt werden. Auf der Hauptstrasse (Kantonsstrasse) werden 50 km/h gefahren. Die Strasse sei breit und habe Trottoirs und Velostreifen. Im Quartier Chrüzacher gelte auch Tempo 50 und die Strassen hätten keine Trottoirs und keine Fussgängerstreifen. Auf der Hauptstrasse sei sogar eine Unterführung für die Kinder vorhanden. Wenn er ein Kind hätte, das das Velofahren erlernen möchte, würde er ihm sagen, dass es dies auf der Hauptstrasse machen soll, weil diese sicherer sei.

Herr Hans Eichelberger wendet ein, dass die Strasse vom Wohnhaus von Herrn Büchler bis zur Schule mit einem Trottoir versehen sei.

Herr Urs Büchler ergänzt, dass er von der stark befahrenen Chrüzacherstrasse spreche. Es sei klar, dass immer etwas passieren könne. Aber in den gut 20 Jahren, in denen Herr Büch-

ler in Mägenwil wohne, sei eine Umleitung ein- oder zweimal notwendig geworden. Der Rechtsvortrag, den der Gemeinderat erlassen habe, habe es schon vorher gegeben. Dieser gelte ja immer. Er sei zudem der Auffassung, dass man nicht immer nur an die Kinder denken sollte. Man solle auch an die älteren Leute denken, die am Tag im Quartier spazieren würden. Auf der Chrüzacherstrasse sei dies ein Risiko.

Applaus

Herr Hans Spinner erklärt seinem Nachbarn Urs Büchler, dass er auch an der Strassenkreuzung Chrüzacherstrasse/Haldenstrasse wohne, notabene schon etwas länger als er. Um diese Kreuzung werde ja jetzt diskutiert. Er stelle fest, dass praktisch jedes Auto, das über die Kreuzung fahre, einen Sicherheitstopp einlege. Vermutlich werde der Sicherheitstopp gemacht, weil es recht unübersichtlich sei an dieser Kreuzung. Noch etwas an die Adresse derjenigen Befürworter, die vorhin geklatscht haben. Er sei der Einzige, der an dieser Kreuzung die Sichtzone freihalte. Alle anderen, an die Kreuzung anstossenden Grundeigentümer, hätten keine Sichtzone geschaffen. Auch Herr Büchler nicht. Die ganze Haldenstrasse und die Lettenstrasse bis zur Schule weisen, wie das von den Initianten befürwortet werde, ein Trottoir auf. Die Schulkinder müssten halt auch richtig instruiert werden und darauf hingewiesen werden, dass sie auf dem Trottoir gehen müssen. Der Fussgänger sei auch ein Verkehrsteilnehmer. Man müsse aufeinander achten. Auch wenn man 50 km/h fahren dürfte, heisse das nicht, dass man 50 fahren müsse. Die meisten Fahrzeuglenker würden, wie er schon erwähnt habe, anständig fahren. Er appelliere an die Anwesenden, nicht einfach das Geld zum Fenster hinauszwerfen. Die Gemeinde habe das Geld nicht. Mit der Einführung der 30er Zone werde eine Pseudosicherheit geschaffen.

Applaus

Herr Hans Eichelberger schlägt vor, dass die Speedy-Geschwindigkeitsmessungen bei denen dem Autofahrer seine Geschwindigkeit angezeigt werde, in kürzeren Abständen in den Quartieren gemacht werden sollten. Es sei wohl schon jedem Automobilist passiert, dass er zu schnell unterwegs war, dies bemerkt habe und froh gewesen sei, dass keine Polizei dies festgestellt habe. In einer 30er Zone werde man sehr sehr schnell kriminalisiert. Dies sei sicher nicht das, was wir in Mägenwil bräuchten.

Herr Stephan Bieri, als einer der Initianten, kann die Worte der beiden Vorredner nicht ganz bestätigen. Er erlebe täglich, dass auf der Chrüzacherstrasse zu schnell gefahren werde. Auch sehe er von seinem Grundstück am Roggenweg aus, dass niemand einen Sicherheitstopp mache. Auf dieser Strasse seien täglich viele Kinder unterwegs. Trotzdem werde vor allem von oben nach unten viel zu schnell gefahren. Das sei nicht normal.

Frau Susanne Bieri ergänzt, dass die Realität leider anders aussehe, als sie die Gegner beschrieben hätten. Sie habe die Repol um die Durchführung einer Geschwindigkeitsmessung angefragt. In der vergangenen Woche sei zwischen 11.45 und 12.15 Uhr ein Lasertest in beide Richtungen gemacht worden. Das Resultat habe ergeben, dass nach Abzug der 3 km/h Toleranz, die Höchst-Geschwindigkeit 48 km/h betragen habe. Was überhaupt nicht den herrschenden Gegebenheiten angepasst sei. Sie bittet die Anwesenden, einmal darüber nachzudenken.

Applaus

Herr Josef Vock möchte generell zu Tempo 30 etwas sagen. Vorab spricht er den Initianten seinen Dank und seine Anerkennung für die Einreichung der Initiative aus. Dadurch werde die Gemeindedemokratie belebt. Heute werde über den Betrag von Fr. 10'000.00 für ein Grobkonzept abgestimmt. Über die Fr. 50'000.00 bis Fr. 60'000.00 werde später einmal abgestimmt. Es gehe heute nicht um die Einführung von Tempo 30. Falls die Initiative angenommen werde, würden erste Weichen gestellt. Das Grobkonzept sei danach die Grundlage

für die Abstimmung, ob Tempo 30 eingeführt werden solle oder nicht. Diese Chance sei heute zu packen und die Angelegenheit sei genauer zu prüfen. Der Gemeinderat habe unter der Leitung des auch heute vorsitzenden Gemeindeammanns am 1. Dezember 2003 Tempo 30 beantragt. Dies sei jedoch abgelehnt worden. Der damalige Gemeinderatssprecher, und auch heute anwesende Herr Franz Hadolt habe folgende Gründe angeführt: Verbesserte Sicherheit und Wohnqualität, einfach und kostengünstig umsetzbar und weniger Verletzte etc. Die heutige Stellungnahme des Gemeinderates sei nun nach 15 Jahren gerade umgekehrt, obwohl die Zunahmen an Motorfahrzeugen um rund 40 %, der Motorräder um 78 %, der neuen Wohnungen um ca. 40 % und der Bevölkerung um ca. 30 % betragen. Verkehrsunfälle habe es seither weniger gegeben. In den letzten 5 Jahren habe es Gott sei Dank nur einen Verkehrsunfall mit Verletzten gegeben. Er sei der Meinung, dass die 30er Zone mit einem Konzept geprüft, und dafür Fr. 10'000.00 investiert werden sollten unter dem Motto "Prüfe wer sich ewig bindet", was ja alle vor ihrer Hochzeit auch gemacht hätten. Es werde heute nicht über Fr. 60'000.00 oder Fr. 70'000.00 abgestimmt. Die Strassenanwohner in den Quartieren hätten zusammenfassend gesagt, mehr Sicherheit und mehr Lebensqualität mit Tempo 30. Übrigens hätten von den 212 Gemeinden im Kanton Aargau 90 Gemeinden Tempo 30 eingeführt. Von den 26 Gemeinden des Bezirks Baden hätten fast alle Tempo 30 eingeführt. Wohlenschwil habe ebenfalls erfolgreich Tempo 30 eingeführt. Erfolgreich daher, weil letzts im Reussbote zu lesen gewesen sei, dass bei Kontrollen in der 30er Zone keine Verzeigungen hätten ausgesprochen werden müssen. Also hielten sich die Leute an die 30 km/h. Deshalb sei er, wie schon im Jahre 2003, für die konzeptionelle Prüfung und die Zustimmung zur Initiative und den Ausgaben von Fr. 10'000.00.

Applaus

Frau Bianca Schaffert weist darauf hin, dass wenn man für Tempo 30 sei, mit Nein abgestimmt werden müsse und wenn man gegen Tempo 30 sei, müsse mit Ja abgestimmt werden.

Herr Martin Zimmermann weist darauf hin, wenn heute der gemeinderätliche Antrag abgelehnt werde, bzw. die Initiative angenommen werde, müsse Tempo 30 in den mit der Initiative bezeichneten Quartiere gemäss Initiativtext eingeführt werden. Der Gemeinderat mache dann das Konzept und prüfe die allfällige Erweiterung auf andere Zonen.

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, weist darauf hin, dass es wie beim Bund sei. Wenn eine Initiative eingereicht worden sei, gäbe es eine Volksabstimmung. Wenn die Initiative angenommen werde, machten National- und Ständerat ein Gesetz daraus. Die sei hier auch so. Man könne heute keinen Beschluss über die Einführung von Tempo 30 fassen. Das richtige Vorgehen habe er eingangs erklärt. Der Gemeinderat würde bei Annahme der Initiative das aufgezeigte Verfahren anwenden.

Herr Hans Eichelberger verliert den gemeinderätlichen Antrag gemäss Einladungsbroschüre.

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, ist der Meinung, dass nicht über solche Finessen zu diskutieren sei.

Herr Hans Eichelberger wendet ein, dass es sich beim gemeinderätlichen Antrag um einen klaren Antrag handle.

Herr Marin Leuthard weist seinerseits darauf hin, dass der Gemeinderat in der Einladungsbroschüre das weitere Vorgehen bei Annahme der Initiative klar beschrieben habe. Da es zuerst eine konzeptionelle Beurteilung brauche, bevor Tempo 30 umgesetzt werden könnte, sei bei Annahme der Initiative zuerst ein Konzept zu erstellen. Danach werde an einer weiteren Gemeindeversammlung über die Einführung und Umsetzung von Tempo 30 entschieden.

Herr Daniel Pfyl, Gemeindeammann, findet es gut, dass sachlich diskutiert und zwischen-durch applaudiert werde. Die Familie Bieri habe im letzten Herbst angefragt, wie das sei mit der Einführung von Tempo 30. Der Gemeinderat habe ihnen offeriert, dass sie an die Gemeindeversammlung kommen und einen Überweisungsantrag stellen würden, mit dem Auftrag an den Gemeinderat, die Einführung von Tempo 30 in ihrem Quartier zu prüfen. Sie hätten sich für den Weg mit der Initiative entschieden. Die Initiative sei daraufhin mit 144 Unterschriften zu Stande gekommen und beim Gemeinderat eingereicht worden. Abklärungen beim Departement des Innern, Gemeindeabteilung, hätten ergeben, dass eine solche Initiative an und für sich gar nicht umgesetzt werden könne, weil dies nicht in der Kompetenz der Gemeindeversammlung, sondern in diejenige des Gemeinderates falle. Darum hätten wir heute Abend die Information mit diesem Traktandum, weil der Gemeinderat von den Stimmberechtigten wissen möchte, ob eher Tempo 30 oder eher nicht Tempo 30 gewünscht sei. Wenn die Initiative, so wie sie beschrieben sei, abgelehnt werde, werde nichts gemacht. Wenn sie angenommen werde, dann passiere das, was Herr Leuthard beschrieben habe. Der Gemeinderat würde in diesem Fall ins Budget 2019 Fr. 10'000.00 einstellen und im Jahre 2019 die notwendigen Überprüfungen machen und im Anschluss einen Kreditantrag für die Kosten für die Einführung und Umsetzung von Tempo 30 im mit der Initiative gewünschten Gebiet an die Gemeindeversammlung bringen. Heute könnten die Anwesenden frei darüber entscheiden, ob Tempo 30 gewollt oder eher nicht gewollt sei.

Herr Roger Brunner weist darauf hin, dass die Aussage betreffend Nichtfunktionieren des Rechtsvortritts bei Tempo 50 stimme. Er frage sich aber, ob der Rechtsvortritt bei Tempo 30 funktioniere. Wohl kaum, denn wenn er bei Tempo 50 nicht funktioniere, dann funktioniere er bei Tempo 30 auch nicht. Einen Pizzakurier gebe es nicht nur in Mellingen, sondern auch in Mägenwil. Der wäre auch schnell da, auch wenn Tempo 30 gelten würde. Er stelle sich die Frage, ob, wenn Tempo 30 eingeführt sei, und ein Mofafahrer mit leicht frisiertem Töffli oder ein E-Bike-Fahrer mit einer grösseren Geschwindigkeit als 30 km/h geblitzt werde, auch seinen Ausweis verliere.

Frau Priska Scheuble erklärt, dass sie heute gleichwohl etwas sage, obwohl sie heute gar nichts sagen wollte. Hier in Mägenwil werde gebaut und gebaut. Durch das Bauen gebe es Häuser und immer mehr Kinder. An diese habe noch niemand gedacht aber die Kinder seien unsere Zukunft. Auf die Kinder sei zu achten. Es sei bisher kein Unfall geschehen, aber es könnte einen geben. Dann möchte sie nicht in deren Haut stecken.

Applaus

Herr Daniel Habegger findet die Diskussion recht interessant. Er weist darauf hin, dass die Rennstrecke in Mägenwil sich bei der Almuesenacherstrasse befinde, dort wo die schnellen gelben Fahrzeuge während des 24-Stundenbetriebs herumfahren. Er mache darauf aufmerksam, dass tagtäglich Kinder und ältere Leute dort zu Fuss ins Naherholungsgebiet unterwegs seien. Er stelle den **Antrag**, dass, sollte die Initiative angenommen werden, die Almuesenacherstrasse im Interesse der Personen, die ins Naherholungsgebiet gehen, ebenfalls in die Abklärungen und das zu erarbeitende Konzept aufgenommen werde.

Applaus

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, nimmt diesen Antrag entgegen. Darüber müsse nicht abgestimmt werden. Sofern die Initiative angenommen werde, werde die Almuesenacherstrasse ebenfalls ins Konzept aufgenommen.

Frau Marianne Müller erklärt, dass sie seit dem Jahre 2001 bei der "Pro Velo" und seit zwei Jahren bei "Berufsverkehr" dabei sei. Der Verkehr nehme jedes Jahr um 2 % zu. Die Wirtschaft bringe immer mehr Paketpost nach Hause. Wir hätten auch Schulhäuser und eine Turnhalle für die Zukunft gebaut. Sie bitte, an die Zukunft zu denken.

Herr Thomas Strebel erklärt, dass er Familienvater sei und im Eckwil wohne. Der Schulweg seiner Kinder führe durch das Chrüzacherquartier. Er sei nicht Freund einer 30er Zone. Die Strassen seien bei den Einmündungen jedoch unübersichtlich. Mit einer 30er Zone würde die Sicht nicht besser. Für die Umsetzung einer 30er Zone müssten aber bauliche Massnahmen erstellt werden. Mit jeder baulichen Massnahme schaffe man wieder Stellen, die unübersichtlich seien. Seit der Unterschriftensammlung habe er sich beim Befahren von 30er Zonen geachtet, dass sein Augenmerk mehr auf den Tacho gerichtet sei als auf die Strasse.

Applaus

Herr Alex Motta wohnt seit 2005 in Mägenwil. Man solle bei der ganzen Diskussion auch an die Zukunft und die Kinder denken. Ihm scheine, es werde zu stark um die Kosten diskutiert. Gott sei Dank sei bezüglich Unfälle bisher nichts passiert. Die Sicherheit koste immer etwas. Heute Abend sei z. B. ein Sanierungskredit bewilligt worden. Im Vergleich zu der dortigen Kreditsumme seien die Fr. 70'000.00 nicht so viel, wenn man damit die Sicherheit für die Kinder erhöhen könne. Die Einführung einer 30er Zone sei leider nötig, weil sich eine Minderheit von Autofahrern nicht an die geltenden Regeln halten würde.

Herr Markus Gilgen findet die heutige Diskussion gut. Wenn jeder an die Sicherheit denke brauche es keine Massnahmen. Das sei wie beim Skifahren. Dort gebe es für das Helmtragen auch kein Gesetz. Er sei ein absoluter Befürworter von Sicherheit, aber ein Gegner von immer mehr Gesetzen und Vorschriften. In der Verkehrserziehung werde festgestellt, dass es 5.-Klässler gebe, die das Velofahren nicht beherrschen. Auch Eltern könnten teilweise nicht Velofahren. Es gebe Eltern, die tagtäglich ihr Kind mit dem Auto zur Schule fahren würden und dabei eine Gefahr für die Kinder auf den Strassen darstellten. Vor allem aber würden dadurch ihre eigenen Kinder nicht mehr im Strassenverkehr ausgebildet. Unsere Kinder müssen für unsere Welt ausgebildet werden. Die Welt sei nicht nur Sicherheit. Diese Welt finde draussen statt und beinhalte auch Lastwagen und andere Fahrzeuge. Er sei der Auffassung, dass eine gewisse Unübersichtlichkeit bei Kreuzungen gar nicht so schlecht sei, denn Unübersichtlichkeit erfordere Aufmerksamkeit. Er persönlich sei beispielsweise ein absoluter Gegner von Stoppstrassen. Stoppstrassen seien für dumme Leute. Wer nichts sehe, müsse ohnehin anhalten. Er verstehe die Initianten und verstehe, dass wenn ein Fahrzeug zu schnell durchfahre, dies ein Problem darstelle. Er appelliere zu überlegen, ob es nicht gescheiter wäre, statt immer neue Gesetze und Vorschriften zu erlassen, die Eigenverantwortung wieder vermehrt greifen zu lassen.

Applaus

Herr Stephan Bieri kommt nochmals auf die baulichen Massnahmen zurück. Im Konzept müssten die baulichen Massnahmen vorgeschlagen werden, die den gemessenen Geschwindigkeiten anzupassen seien (gemäss BFU-Richtlinien).

Herr Marin Leuthard, Gemeinderat, stellt in Aussicht, dass das Konzept von Verkehrsfachleuten erstellt werden würde. Darum habe der Gemeinderat das vorgeschlagene Vorgehen entsprechend gewählt.

Herr Hans Spinner macht darauf aufmerksam, dass Herr Vock als langjähriger Bezirksamtman die Abläufe genau kenne. Er sage nur "wehret den Anfängen". Die Ausarbeitung des Konzeptes sei dann nur der Anfang, an deren Ende die Einführung und Umsetzung der Zone 30 stehe. Die Autolenker müssten nur anständig fahren und den gesunden Menschenverstand walten lassen. Dann brauche es nichts Zusätzliches.

Frau Susanne Bieri findet, dass es jedem Verkehrsteilnehmer klar sein müsste, dass auf so engen, unübersichtlichen Quartierstrassen nicht zu schnell gefahren werden könne. Eine nochmalige Messung gegen Abend, nach einer erneuten Anfrage an die Regionalpolizei,

habe ergeben, dass die maximal gemessene Geschwindigkeit bei 52 km/h gelegen habe. Wo bleibt da die Vernunft? Kinder bis 10 Jahre hätten zudem noch keine Wahrnehmung, wie schnell ein Fahrzeug auf sie zukomme (gemäss BFU). Diese Kinder wüssten nicht, ob das Fahrzeug fahre oder ob es stehe.

Herr Dino Fassino zählt sich mit seinen 22 Jahren noch zu den Jüngeren in dieser Halle. Er habe kürzlich seine Fahrprüfung bestanden. Aus seiner noch jungen Erfahrung sehe er, dass sich wenige wirklich an die Regeln hielten. Das beginne schon beim Blinken. Die wenigsten würden die drei Blicke in den Innenspiegel, Aussenspiegel und den Seitenblick durchführen. Wenn man in einer 30er Zone mit 50 km/h fahre, wisse jeder, dass er sich strafbar mache. Er fahre aber nicht mit 30 km/h weil er mit dem Gedanken unterwegs sei, er könnte, wenn er schneller fahren würde, ein Kind verletzen.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Herr Daniel Pfyl, Gemeindeammann, stellt fest, dass der **Antrag von Herrn Daniel Habegger** mit dem nun folgenden Abstimmungsresultat mitentschieden werde.

Antrag: Der Gemeinderat beantragt der Einwohnergemeindeversammlung, die Initiative für eine 30er Zone im Quartier südlich Hauptstrasse von der Friedhofstrasse mit Lettenstrasse bis Einmündung Hopfenweg, bis und mit Eckwilerstrasse, sei abzulehnen.

Abstimmung: Mit 76 Ja- zu 53 Nein-Stimmen wird der gemeinderätliche Antrag angenommen und die Initiative abgelehnt.

Herr Daniel Pfyl, Gemeindeammann, stellt fest, dass somit das Thema Tempo 30 nicht weiterverfolgt werde.

11. Verschiedenes

Vom Gemeinderat aus wird wie folgt informiert:

Wahltag

Am Sonntag, 10. Juni 2018 können die Anwesenden mit Ihrer Stimme den Gemeinderat wieder komplettieren. Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Teilnahme bei diesen Wahlen und wir werden den Kandidaten rasch in unser Gremium integrieren, so dass die Kollegin und die Kollegen, welche derzeit ein hohes Mass an Zeit leisten, wieder entlastet werden.

Christian Habegger, Vizeammann

In Anbetracht des späten Abends orientiert er nur kurz über sein "temporäres Hobby", dem Schulhaus- und Doppeltturnhallen-Neubau. Die Fertigstellung ist im Endspurt. Die erste Problematik mit dem Hallenboden ist gelöst, aber es ist leider bereits ein weiterer Wasserschaden im Foyer der Doppeltturnhalle entstanden. Die Turnstunden könnten jedoch trotzdem stattfinden. Baukommission, Bauleiter und Architekt sind derzeit stark gefordert. In der neuen Aula muss der Boden nochmals gemacht werden und der Maler muss noch einige Ausbesserungen vornehmen. Auf alle Details einzugehen, würde den heutigen Rahmen sprengen. Am 14. Juni 2018 sind weitere Bauabnahmen geplant. Budgetmässig sind wir auch Kurs. Anhand der letz-

ten Baukommissionsitzung sind nun noch Abrechnungen mit zwei grossen Unternehmern offen und bedürfen einer Klärung. Eines ist aber ganz sicher, am letzten Augustwochenende werden die neuen Gebäude eingeweiht.

Marlène Fehlmann, Gemeinderätin

Asylbewerber

Leider hat Herr Marcel Schättin auf Ende 2018 demissioniert, da er sich beruflich verändert, was heisst, dass für die Betreuung unserer Asylbewerber-Familien eine engagierte Person gesucht wird. Falls jemand Interesse hat und weitere Informationen zu dieser Tätigkeit benötigt, kann man sich auf der Gemeindeverwaltung, bei Herrn Schättin persönlich oder auch direkt bei Gemeinderätin Marlène Fehlmann melden.

Fest 2018

Das Festwochenende vom 24. - 26. August, rund um die Schulhaus- und Doppelturnhallen-einweihung ist gar nicht mehr so weit weg. Das OK hofft voller Vertrauen auf die Richtigkeit des 100-jährigen Bauern-Kalenders was das Wetter betrifft.

Am Samstagmorgen, 25. August um 09.15 Uhr, startet die offizielle Einweihungsfeier mit Herrn Landammann Alex Hürzeler. Anschliessend können auf einem Rundgang die neuen Schulräume besichtigt werden und den anwesenden Lehrpersonen gerne auch Fragen gestellt werden.

Am Nachmittag ist Sport und Spass angesagt, moderiert von Christian Bisang vom Radio Argovia.

Das Fest OK und die Beizlibetreiber, heissen alle herzlich willkommen und wünschen den Festbesuchern sorglose und gemütliche Stunden an einem tollen Festwochenende.

Bundesfeier

Ich freue mich aber auch auf den 31. Juli, wenn wir in Mägenwil den SVP Nationalrat Herrn Roger Köppel als Gastredner für die Bundesfeier begrüssen dürfen. Ich hoffe auf viele interessierte Besucher.

Pfyl Daniel, Gemeindeammann

Werbeblock

Am letzten Freitag/Samstag des Monats Juni (29. und 30. Juni) feiern wir das Jugendfest. Am letzten Dienstag des Monats Juli (31. Juli) werden wir unsere Bundesfeier haben und am vorletzten Freitag des Monats August sowie am letzten Samstag und Sonntag (24. bis 26. August) dann unser Dorffest mit der Einweihung der Schulhauserweiterung und dem Neubau der Doppelturnhalle.

Personelles

Frau Sabrina Ponte wird unsere Verwaltung nach drei Jahren verlassen. Wir lassen sie nur ungern ziehen, können aber der Chance, dass sie als Gemeindeschreiber Stv. in Birrhard einer Anstellung zusagte, nichts Negatives abgewinnen. Frau Ponte ist eine sehr aufgestellte und selbstständig arbeitende Mitarbeiterin und ich wünsche ihr weiterhin alles Gute und beste Gesundheit. Die ausgeschriebene Vakanz konnte per 1. Juli 2018 bereits geschlossen werden und Frau Meliha Bas tritt ihre Stelle bei uns an. Ich bin zuversichtlich, dass sie ebenfalls einen guten Job bei uns erledigen wird.

Unser Steueramtsvorsteher, Herr Martin Gehrig hat den Gemeinderat rechtzeitig informiert, dass er im kommenden Frühjahr in Pension gehen wird. Derzeit laufen die Abklärungen wie es mit dem Steueramt weitergeht. Auch für die Verabschiedung ist es heute ein wenig zu früh

aber ich sage gerne auch heute schon herzlichen Dank, dir Martin, für die langjährige Treue und dein Engagement.

Herr Kurt Leutert findet es äusserst bedenklich, dass, wenn man in einer Abstimmung unterlegen ist, die Gemeindeversammlung frühzeitig verlässt. Mit diesem Verhalten hätten all jene Personen, die die Versammlung bereits verlassen haben, ihr Demokratieverständnis offen an den Tag gelegt.

Frau Ute Schmidt möchte wissen, warum mitten auf die Spielwiese beim Schulhaus eine Verbotstafel gestellt worden sei. Sie könne dies nicht verstehen. Aus ihrer Sicht sei dies gefährlich.

Herr Daniel Pfyl, Gemeindeammann, erläutert, dass zwischen den Anwohnern, Vertretern der Eltern, deren Kinder auf der Spielwiese spielen, der Schulpflege und des Gemeinderates Gespräche stattgefunden hätten, bei denen versucht worden sei, den kleinsten gemeinsamen Nenner für die Benützung der Spielwiese zu finden. Auf diesen Gesprächen aufbauend sei man nun im zweiten Jahr der Pilotphase, bei dem versucht werde, dass die Anwohner an Samstagabenden oder wenigstens an Sonntagen etwas Ruhe hätten. Eine Zeit lang habe das Problem bestanden, dass durch auswärtige Benutzer der Spielwiese viel Lärm, u. a. durch Ghettoblaster produziert worden sei, was für die Anwohner nicht mehr zumutbar gewesen sei. Derzeit laufe nun das Projekt mit den Benutzungszeiten gemäss geltendem Benutzungsreglement. Am 21. Juni 2018 finde die nächste gemeinsame Besprechung statt.

Frau Ute Schmidt ist nicht grundsätzlich gegen das was auf den Tafeln steht. Sie störe sich aber am Standort, mitten auf der Spielwiese.

Herr Daniel Pfyl, Gemeindeammann, verspricht, den Standort der Tafel zeitnah zu klären.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Verabschiedung Förster Sandmeier

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 20. Mai 1985 wurde für das Revier Mägenwil-Birrhards-Staatswald, nach geführtem Gespräch mit Vertretern der Gemeinderäte Birrhards und Mägenwil, Herr Oskar Sandmeier als Förster der Gemeindewaldungen vorgeschlagen. Sein Arbeitsstart wurde auf den 1. Oktober 1985 definiert und er musste innert längstens 3 Tagen mitteilen ob, er die Wahl annehmen will. Damals zeichnete auf Seiten der Gemeinde Herr Gemeindeammann Oswald Rippstein zuständig und von Kantonsseite war dies Herr Kantonsoberförster August Studer.

Wie Sie sehen, hat er vor etwas mehr als 33 Jahren die Bestätigung rechtzeitig zugestellt.

Ich möchte dir lieber Oski für 33 Jahre Treue im Forst, für deine umsichtige und nachhaltige Auslegung deines Jobs, und auch für dein Engagement im Dorfleben auch im Namen der Einwohnergemeinde herzlich danken. Die kommende Zeit soll dir vor Augen führen, dass es ein richtiger Entscheid war, jetzt kürzer zu treten. Wir werden morgen, zusammen mit deinem heutigen Arbeitgeber, dem Kanton, dich noch gebührend verabschieden dürfen. Ich bin überzeugt, dass du noch viele Jahre Freude und Liebe mit deiner Familie und deinen Freunden erfahren und austeilen wirst. Das auf jeden Fall wünsche ich dir von Herzen. Alles Gute und beste Gesundheit! Als kleines Präsent haben wir uns gedacht, es soll etwas sein, das eventuell mit Holz zu tun hat. So schenken wir dir 3 Gutscheine für einen Grillkurs in der Nähe deines Heimatortes Seengen in Dürrenäsch und ich bin überzeugt, dass es dir Spass machen wird, da möglichst viel Holz und nicht Fleisch zu verbrennen. Danke und alles Gute.

Applaus

An Christine haben wir auch gedacht und übergeben dir sehr gerne einen kleinen Blumenstrauss mit der Bitte, weiterhin gut für Oski zu schauen.

Applaus

Dank fürs Kommen

Der Gemeindeammann dankt zum Schluss allen recht herzlich für ihr Erscheinen. Er wünscht eine gute Heimkehr und freut sich, alle bei einer anderen Gelegenheit wieder zu sehen. Geniessen Sie die hoffentlich herrliche Sommerzeit.

Die Versammlung ist um 22.15 Uhr geschlossen.

Die getreue Protokollführung bescheinigen:

Der Gemeindeammann:

Der Gemeindeschreiber:

Daniel Pfyl

Werner Bünzli